

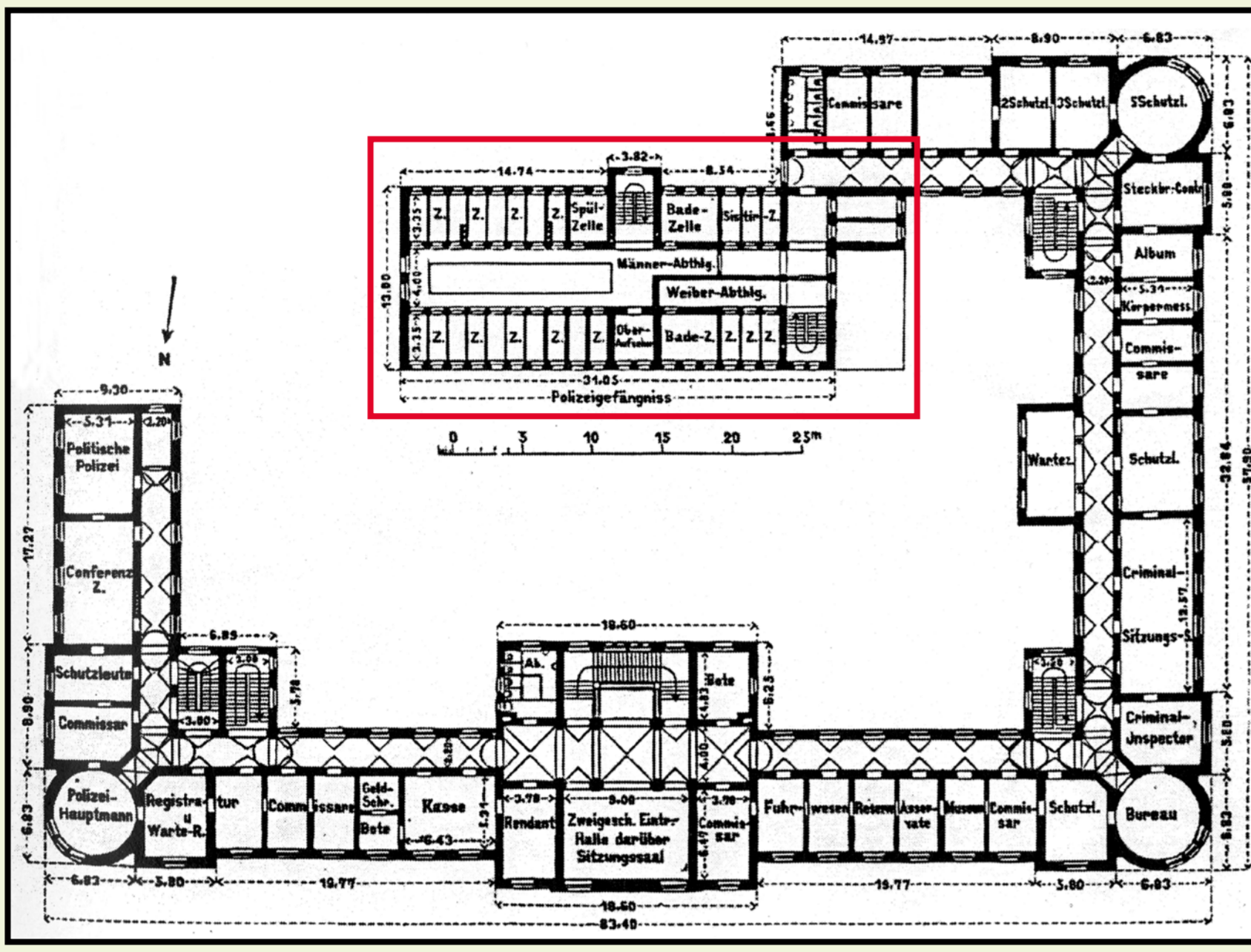
Polizeipräsidium 1933 – 1945

INFORMATION UND
ERINNERUNG

Hannover

Das Gebäude

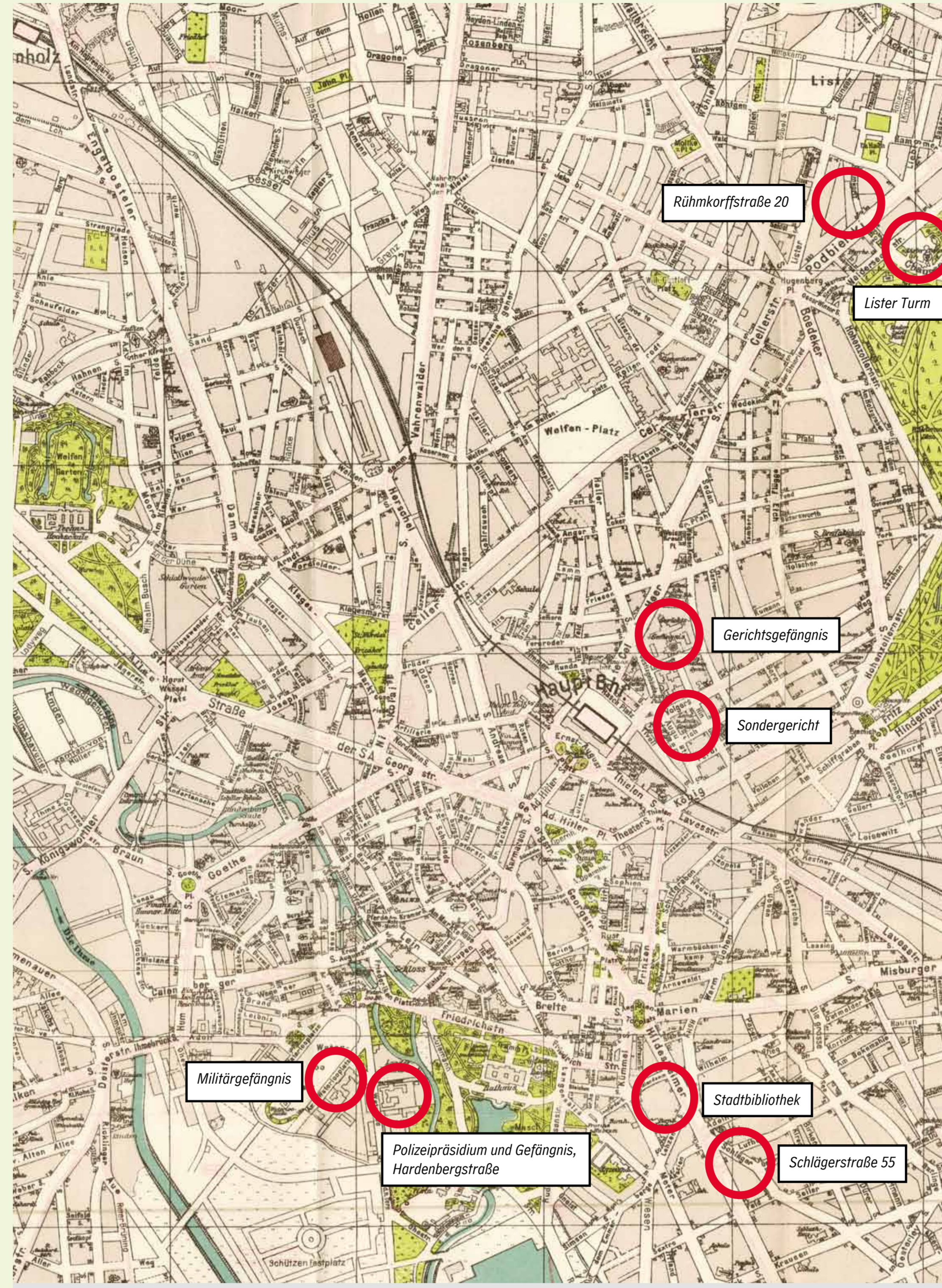
Der Bau im Stil der Neurenaissance mit dem angegliederten Polizeigefängnis wurde in den Jahren 1900 – 1903 als Hauptdienstgebäude für das Königliche Polizeipräsidium Hannover errichtet und am 29. Oktober 1903 seiner Bestimmung übergeben.



Polizeipräsidium Hardenbergstraße, Grundriss 1. Obergeschoss (1901).

Seitdem wird er ohne Unterbrechung durch die Polizei genutzt. Die beiden Altbaugebäude ruhen auf 2.224 in den Boden gerammten Pfählen aus Rotbuchenholz. 1919 wurde die Liegenschaft um die Gebäude der Preußischen Kriegsschule erweitert. Im Juli 1943 wurden durch Bombentreffer das Dach des Westflügels und die Turmhelme der beiden zur Waterloostraße gelegenen Ecktürme zerstört, zum Teil auch das Dach des Polizeigefängnisses. Schwere Schäden nahmen auch die Gebäude der ehemaligen Kriegsschule.

1998 wurde ein Ergänzungsbau mit Lage- und Führungszentrum, einer Tiefgarage und einem Eingangsbereich mit Pförtnerhaus fertiggestellt. Gegenwärtig befinden sich hier die Dezernate des Stabes und Teile des Zentralen Kriminaldienstes der Polizeidirektion Hannover sowie die Polizeistation Schützenplatz mit dem zentralen Polizeigewahrsam. Der Zuständigkeitsbereich der heutigen Polizeidirektion Hannover umfasst das Gebiet der Region Hannover.



Stadtkarte Hannover 1939.

Topographie des Terrors 1933–1945

Unmittelbar nach der Übergabe der Regierungsgewalt an die Hitler-Regierung durch Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 verstärkten die Nationalsozialisten in Zusammenarbeit mit den vorhandenen Einrichtungen des Staates, die nach der Verfassung für Recht und Ordnung zu sorgen hatten, den Druck auf ihre politischen Gegner und jene Bevölkerungsgruppen, die sie nicht zur sogenannten Volksgemeinschaft zählten.

Das **Polizeigefängnis** war für viele Verfolgte der erste Ort, an den sie verschleppt wurden. Wenn die Verfolger den Schein der Rechtmäßigkeit aufrechterhalten wollten, wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet. Die Überführung ins **Gerichtsgefängnis** und die Verhandlung vor einem herkömmlichen Strafgericht oder **Sondergericht** bestimmten dann den Weg des Verfolgten. Nach dem polizeilichen Gewahrsam konnte durch sog. Schutzhaft auch die direkte Einlieferung in ein Konzentrationslager, bereits seit April 1933 in das **Lager Moringen** (bei Northeim, 100 km südlich von Hannover) erfolgen, ohne Gerichtsverhandlung, in Kooperation zwischen Polizei, SA und SS. Besonders die SA verbreitete 1933 Angst und Schrecken. Sie konnte auf offener Straße politische Gegner ermorden. So wurden z.B. Wilhelm Heese am 22. Februar 1933 beim **Lister Turm** erschossen und Anton Macioscyk am 30. Juni 1933 in Misburg erschlagen, ohne dass die Täter befürchten mussten, dafür belangt zu werden. Personell eng verflochten mit dem Polizeipräsidium begann der Aufbau der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) mit Sitz hier in der **Hardenbergstraße 1** bis 1936. Danach erhielt sie ihren Sitz mit dem gefürchteten Folterkeller in der **Schlägerstraße 55**, dann **Rühmkorfstraße 20** und ab 24. Oktober 1944 in der Hildesheimer Straße bis zur Ausbombung der **Stadtbibliothek**. In Ahlem (heute Gedenkstätte) befand sich seit Juni 1944 die **Gestapo-Außenstelle** mit den Zwangsarbeiterreferaten sowie das „Polizei-Ersatzgefängnis“. Die Gestapo nutzte als eigene Strafeinrichtungen z.B. für die Bestrafung von Zwangsarbeitern die Arbeitererziehungslager in **Liebenau** und **Lahde**. Seit Beginn des Krieges wurden zahlreiche Soldaten Opfer der NS-Militärjustiz. Vor ihrer Exekution war das **Militärgefängnis** letzter Aufenthalt für verurteilte „Deserteure“, „Wehrkraftzersetzer“ und „Kriegsverräter“.

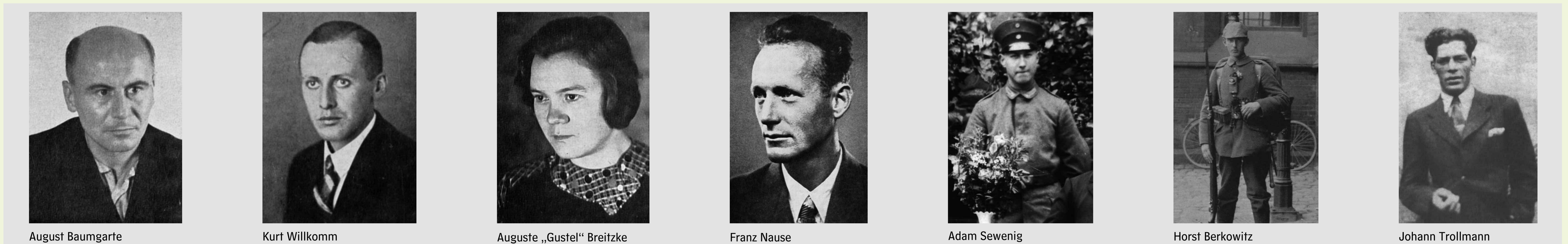
Die Polizei im Nationalsozialismus

Die Polizei war ein zentraler Machtfaktor des nationalsozialistischen Staates. Mit ihrer Hilfe festigten die Nationalsozialisten ihre Herrschaft. Diese verhängnisvolle Symbiose begann nicht erst am 30. Januar 1933. In ehemaligen Ländern des Deutschen Reiches, die heute zum Land Niedersachsen gehören, etablierten die Nationalsozialisten ihre Macht schon deutlich vor 1933, so in Oldenburg und vor allem in Braunschweig. Damit kontrollierten sie auch die Polizei. In der preußischen Provinz Hannover begann der nationalsozialistische Zugriff auf die Polizei unmittelbar nach 1933 mit der Einsetzung Hermann Görings als kommissarischer Innenminister. Er setzte sogleich bedingungslose Gefolgsleute als Polizeipräsidenten ein, in Hannover den SA-Führer Viktor Lutze. Anschließend stellte Göring 50.000 SA- und SS-Männer als Hilfspolizisten ein und verpflichtete die Polizei per Erlass dazu, mit Gewalt gegen politische Gegner des Nationalsozialismus vorzugehen. Schließlich schuf er durch Umbildung der politischen Polizei die berüchtigte Geheime Staatspolizei (Gestapo).

1936 setzte sich der SS-Führer Heinrich Himmler in einem internen Machtkampf gegen Hermann Göring durch und übernahm schließlich alle Polizeien der Länder. Erstmals wurde in Deutschland eine zentral organisierte Reichspolizei aufgebaut, die eng mit der SS verbunden war und in Ordnungs- und Sicherheitspolizei gegliedert wurde. Zur Ordnungspolizei gehörten neben der Gendarmerie und der uniformierten Polizei in den Städten auch die Feuerwehren als Feuer- und Schutzpolizei und eine neu gegründete Luftschutzpolizei. In der Sicherheitspolizei wurden die Kriminalpolizei und die Geheime Staatspolizei ab 1939 organisatorisch unter dem Dach des Reichssicherheitshauptamtes zusammengefasst.

In der Vorkriegszeit richteten sich staatliche Willkür und Gewaltmaßnahmen der Polizei vor allem gegen die politischen Gegner des NS-Staates. Während des Krieges kamen die Organisation und die Durchführung von Deportationen von Opfern des Nationalsozialismus hinzu. Als Teil der Besatzungsherrschaft waren

Polizisten aber auch in vielen Teilen Europas im Einsatz. Sie kontrollierten und führten die Polizeien in den besetzten Ländern, stellten Wachmannschaften für die jüdischen Ghettos und beteiligten sich in Form von Polizeibattalionen und als Kernmannschaften der Einsatzgruppen am Vernichtungskrieg vor allem gegen die Zivilbevölkerung in Osteuropa. Das Polizeibattalion 111 hatte seinen Heimatstandort in Hannover. Das brutale Vorgehen von Polizeieinheiten im Kriegseinsatz prägte mit der Zeit zunehmend das Verhalten der Polizei auch an der so genannten „Heimatfront“. Tötungsaktionen der Polizei richteten sich hier vor allem gegen Zwangsarbeiter und Gestapo-Häftlinge. So wurden auf Anordnung des Chefs der Gestapo Hannover noch kurz vor Kriegsende 154 Inhaftierte auf dem Seelhorster Friedhof erschossen. Die Polizei als Organisation blieb ohne Wenn und Aber bis zum Schluss eine Stütze des NS-Regimes. Das Ende der NS-Herrschaft kam in Hannover in den ersten Apriltagen des Jahres 1945 durch den Einmarsch amerikanischer und britischer Truppen.



Misshandelt – gefoltert – ermordet

1933 bis 1945 haben Menschen im Polizeipräsidium gelitten: Menschen, die ihre Rechte als politisch aktive Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen haben, die aktiv Widerstand gegen den Unrechtsstaat zu leisten versuchten, Angehörige von religiösen und ethnischen Minderheiten, Menschen, die nicht Teil der rassistisch und sozialhygienisch definierten „Volksgemeinschaft“ sein sollten. Sie wurden hier misshandelt und einige ermordet. Eine Übersicht über alle Schicksale fehlt bisher. Die Zeugnisse überlebender Zeitgenossen für das Schicksal einiger Opfer stehen stellvertretend für die Verfolgten in der NS-Staat.

Reichstagsbrand, 28. Februar 1933

„Morgens, 5 Uhr, erschien die Polizei und holte uns aus den Betten. Wir erfuhren, daß in der Nacht der Reichstag gebrannt hatte. Mein Bruder [Kurt] und ich wurden mit Polizeieskorte durch die Straßen zur Wache am Klagesmarkt geführt. Von dort ging es mit einem Polizeiwagen in die Haftstation des Präsidiums in der Hardenbergstraße. Als wir eingeliefert wurden, waren schon über 150 Bürger dort, überwiegend Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, Parteiloze und Gewerkschafter. Wir wurden in zwei große Säle gesperrt. Dann sortierte man. (...) Im März wurden wir als „Schutzhäftlinge“ nach Moringen überführt und in das sogenannte Arbeitshaus eingesperrt.“ Nach der Erinnerung von August Baumgarte (Jg. 1904).

Kommunist Kurt Willkomm

Kurt Willkomm (Jg. 1904) engagierte sich politisch in der KPD in Hannover. Er war verlobt mit Margarete Nagel (geb. 1909). Die KPD war als erste Partei der Weimarer Republik vom NS-Staat 1933 verboten worden. Am 5. November 1933 wurde Willkomm verhaftet. Elf Tage nach Haftbeginn starb Kurt Willkomm am 16. November 1933 nach den Verhören durch hannoversche Polizeibeamte angeblich an einer Lungenembolie, tatsächlich an den Folgen der Folter und Misshandlung im Polizeipräsidium.

Sozialdemokratin Auguste Breitzke

Auguste Breitzke (Jg. 1908) war mit Franz Nause (Jg. 1903) verlobt. Beide arbeiteten illegal für die „Sozialistische Front“ (SF), eine Widerstandsorganisa-

tion, die aus der SPD hervorgegangen war. Die Polizei hatte einen Informanten in die Gruppe geschleust.

Dem Leiter der SF, Werner Blumenberg, gelang gerade noch die Flucht. Breitzke erinnert sich: „Wir wussten ja nicht, dass Kling ein Gestapospitzel war. Schließlich kam es im September [1936] zu meiner Verhaftung. (...) Dann nahmen mich zwei Vernehmungsbeamte in die Zange. (...) Ich hatte bis dahin (zur Gegenüberstellung) nichts gesagt. Dann holten sie Franz. Ihn hatte man so schwer misshandelt, dass ich ihn kaum wiedererkannte. Auch mich haben sie geschlagen. (...) Ich kam dann ins Polizeigefängnis.“

Franz Nause, verurteilt zu zehn Jahren Haft, starb 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden. Auguste Breitzke wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Als sie im September 1942 das letzte Mal Franz Nause besuchen konnte, war er schon vom Tod gezeichnet.

Jehovas Zeuge Adam Sewenig

Adam Sewenig war ein Anhänger der Zeugen Jehovas. Er war verheiratet und hatte zwei Söhne. Er beteiligte sich am 12. Dezember 1936 an der Verbreitung der sog. Luzerner Resolution, die den NS-Staat als „teuflich“ anprangerte. Sewenig wurde am 14. Dezember im Polizeigefängnis wegen Verteilung von Flugblättern festgesetzt. In der Haft wurde er schwer gefoltert.

Er überlebte, doch verlor er seinen Verstand. Im April 1942 wurde er Opfer des nationalsozialistischen Krankenmords in der Heilanstalt Eichberg.

In der „Reichskristallnacht“

Nachdem die Synagoge niedergebrannt worden war, zogen die SS-Leute in der Nacht zum 10. November 1938 mit einem LKW durch die Straßen von Hannover. Sie zerstörten die Geschäfte und Wohnungen von jüdischen Besitzern und verhafteten 181 Männer als sog. Aktionsjuden. Der betroffene jüdische Rechtsanwalt Horst Berkowitz (Jg. 1898) erinnerte sich: „Es war kurz nach Mitternacht (...) als plötzlich das Telefon läutete. Am Apparat war meine Schwägerin, die in der Großen Packhofstraße wohnte und uns mitteilte, dass in dieser Straße die Schaufensterscheiben von Geschäften

mit jüdischer Inhaberschaft von SA-Leuten zertrümmert würden (...). Dann kam man auch zu mir [in die Erwinstraße 3]. Gegen 1 Uhr morgens wurde mehrfach geklingelt (...). Ich wurde zu einem offenen Lastwagen geführt (...). Die Fahrt endete in der Hardenbergstraße beim Polizeipräsidium. (...) Es mag gegen 9 Uhr morgens [am 11. November 1938] gewesen sein, als wiederum die Zellentüren geöffnet wurden. Wir wurden zum Hauptbahnhof gebracht, wo (...) einige Waggons bereitstanden, mit denen wir abtransportiert wurden.“

Als Berkowitz dann im KZ Buchenwald „all die blutigen Gesichter und Köpfe [der Hannoveraner] sah, dachte ich unwillkürlich an Dantes Hölle.“ Horst Berkowitz überlebte.

Johann „Rukeli“ Trollmann, ein Opfer des Völkermords an Sinti und Roma

Der Boxer Johann „Rukeli“ Trollmann hatte 1933 einen Titelkampf um die deutsche Meisterschaft im Halbschwergewicht gewonnen. Doch der Meistertitel wurde ihm vom Verband wegen seiner Herkunft verwehrt. Danach schlug er sich als Preisboxer durch. Im Juli 1942 wurde Johann Trollmann in seinem Elternhaus im Tiefental (heute Johann-Trollmann-Weg) verhaftet. Als sich seine Brüder im Polizeipräsidium in der Hardenbergstraße erkundigten, trafen sie auf ihn in der sogenannten „Zigeuner“-Zentrale und erkannten ihn kaum wieder. Sein Zustand: „Leblos, zusammengesunken, von zwei Uniformierten gestützt, das Gesicht zerschlagen, überall Beulen, verquollen, blutunterlaufene Augen, eingeschlagene Zähne.“ Ende Oktober 1942 wurde Rukeli Trollmann in einem Transport in das KZ Neuengamme überstellt. Er wurde im Neuengammer Außenlager Wittenberge ermordet. Sein Bruder Heinrich, ein „Zauberer“ auf der Geige, wurde im Rahmen eines Massentransports hannoverscher Sinti und Roma im März 1943 nach Auschwitz deportiert und dort am 13. November 1943 ermordet.

Die Polizeibeamten in der „Zigeuner“-Zentrale, Heinrich Harms und Carl Schröder, waren der Schrecken der Sinti. Sie sorgten dafür, dass alle Sinti-Familien in Hannover auf ihre angeblich rassistischen Merkmale erfasst, vermessen und geprüft wurden. Harms und Schröder verkörperten in Hannover die Anfänge des Völkermords.

Literatur und Quellen

Hans-Jürgen Heuer, Hans-Dieter Klösa, Burkhard Lange, Hans-Dieter Schmid (Hrsg.): Von der Polizei der Obrigkeit zum Dienstleister für öffentliche Sicherheit. Festschrift zum 100. Gebäudejubiläum des Polizeipräsidiums Hannover 1903-2003. Hildes 2003.
Dirk Riesenher: Die Polizeidirektion Hannover. Gesellschaft, Industrie und Polizei vom Deutschen Reich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Hannover 2006 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, 126).

Abbildungsnachweis

Grundriß in Heuer (2003), S. 29.
Stadtplan Hannover 1939, Pharus-Verlag.
Porträtfotos siehe Nachweise in den Stolpersteininformationen unter: www.hannover-gis.de

Kontakt

Städtische Erinnerungskultur
Salistr. 16
30171 Hannover
Tel. 0511 / 168 - 42088
erinnerungskultur@hannover-stadt.de
www.erinnerungskultur-hannover.de

Herausgeber

Landeshauptstadt Hannover
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Bildung und Qualifizierung
Städtische Erinnerungskultur

Text: Michael Haunschild, Dr. Dirk Göting, Dr. Karljosef Kreter
Redaktion: Dr. Karljosef Kreter
Layout: Florian Grumbles
Stand: April 2015

HANNOVER
ER

